



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

36. Sitzung (öffentlich)

13. Februar 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Polizeiaktion gegen die verbotene Organisation „Hizb ut-Tahrir“	1
- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums	
2 Polizeiwache Neuss (s. Anlage 1)	3
- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums	
- Diskussion	

3 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG) **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/3202 und 13/3299
Vorlagen 13/1864 und 13/1889

Mit den Stimmen aller Fraktionen lehnt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3202 ab und beschließt, dass das Gesetz über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und das Landesaufnahmegesetz die aus der Gegenüberstellung in Vorlage 13/1889 ersichtliche Fassung erhalten soll. Als Berichterstatterin wird die Abgeordnete Monika Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannt.

4 Gesetz zur Änderung des Landespressegesetzes NRW und des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen **7**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3378

- Stellungnahme der Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen

Der Vorsitzende wird dem Medienausschuss vorschlagen, sein Votum am 14. März abzugeben, damit der Ausschuss für Innere Verwaltung am 27. März abschließend beraten und abstimmen kann.

5 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW 8
Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive (s. Anlage 2)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/887

Vorlagen 13/875, 13/1044, 13/1208 und 13/1701
Zuschriften 13/752, 13/766, 13/767, 13/1267, 13/1279, 13/1282 und 13/1295

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3562 - Neudruck -

- Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

Mit demselben Stimmenverhältnis lehnt der Ausschuss anschließend auch den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion ab.

Zum Berichterstatter benennt der Ausschuss den Abgeordneten Hans Krings von der SPD-Fraktion.

6 Bundeswehreinsätze im Innern 12

- Stellungnahme des Innenministers
- Diskussion

Ausschuss für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
36. Sitzung (öffentlich)

13.02.2003

ni-beh

träge, die so allerdings nicht gestellt werden könnten, da sie sich nicht auf das vom Landtag beschlossene Gesetz, sondern auf die geltenden Fassungen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und des Landesaufnahmegesetzes bezögen.

Wenn sich keine Notwendigkeit ergeben habe, in den genannten Gesetzen weitere Änderungen vorzunehmen außer den aus der der Vorlage anliegenden Synopse ersichtlichen, schlage er vor, diese Gesetzesfassungen zu beschließen, denn sie beinhalteten die erforderlichen Anpassungen an das Grundicherungsgesetz.

Mit den Stimmen aller Fraktionen lehnt der **Ausschuss** den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3202 ab und beschließt, dass das Gesetz über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und das Landesaufnahmegesetz die aus der Gegenüberstellung in Vorlage 13/1889 ersichtliche Fassung erhalten soll. Als Berichterstatterin wird die Abgeordnete Monika Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannt.

4 Gesetz zur Änderung des Landespressegesetzes NRW und des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3378

(vom Plenum am 22. Januar 2003 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie an den Medienausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen, Bettina Sokol, berichtet:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Erarbeitung des Gesetzentwurfes bin ich vom Innenministerium beteiligt worden und habe eine Änderung vorgeschlagen, die das Innenministerium jedoch nicht aufgegriffen hat. Ich würde diese Änderung aber zurückstellen, weil in allen anderen Ländern ähnliche Regelungen getroffen worden sind und man durchaus geteilter Auffassung darüber sein kann, wie die Europäische Richtlinie in Bezug auf das Medienprivileg am besten umgesetzt wird

Weitere durch den Gesetzentwurf initiierte Änderungen begrüße ich ausdrücklich, beispielsweise die Anpassung in der Amts- und Funktionsbezeichnung: Meine Dienststelle heißt in Zukunft: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Ein ganz wichtiger anderer Punkt: Bisher herrschte rechtliche Unklarheit darüber, wie bei der Verhängung von Bußgeldern im nichtöffentlichen Bereich zu verfahren sei. Meine Behörde wäre ein gewisses Risiko eingegangen, hätte sie dies auf der

Ausschuss für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
36. Sitzung (öffentlich)

13.02.2003

ni-beh

bisherigen Rechtsgrundlage getan. Ein angerufenes Gericht hätte möglicherweise mein Haus als unzuständige Behörde deklariert. In dem Gesetzentwurf wird nunmehr der Landesbeauftragten die Zuständigkeit für die Verhängung von Bußgeldern und die Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren zugewiesen.

Es würde unsere Arbeit sehr erleichtern, würde der Gesetzentwurf mit dieser sehr wichtigen Vorschrift zügig verabschiedet. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die seinerzeitige Diskussion im Ausschuss über die Möglichkeiten von Ordnungswidrigkeitsverfahren erinnern, in deren Rahmen ich Ihnen die Problematik aufgezeigt hatte.

Der **Vorsitzende** wird dem Medienausschuss vorschlagen, sein Votum am 14. März abzugeben, damit der Ausschuss für Innere Verwaltung am 27. März abschließend beraten und abstimmen kann.

5 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive (s. Anlage 2)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/887

Vorlagen 13/875, 13/1044, 13/1208 und 13/1701
Zuschriften 13/752, 13/766, 13/767, 13/1267, 13/1279, 13/1282 und 13/1295

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3562 - Neudruck -

Nach Auffassung von **Hans Krings (SPD)** stellte der Gesetzentwurf nur dann ein technisch durchdachtes Konzept dar, befände man sich in der Stunde null.

So aber hält der Abgeordnete insbesondere die in § 3 vorgeschlagene weitgehende Privatisierung öffentlicher Aufgaben für nicht zustimmungsfähig.

Andere Forderungen wiederum hätten sich schon seit Jahren erledigt: So nehme die Aufgabenkritik überall seit langem breiten Raum ein, existierten innerhalb der Landesregierung ferner komplexe Verfahren zum Zwecke des Abbaus landesrechtlicher Vorschriften und habe sich nicht zuletzt während der vergangenen acht Jahre ein eigener Ausschuss mit den Themen „gestraffte Aufbauorganisation“ und „Verfahrensvereinfachung“ befasst.

Bedenken riefen darüber hinaus einige von der FDP-Fraktion zur Erreichung von Bürokratieabbau vorgesehene Maßnahmen hervor. Eine generelle Befristung von Gesetzen auf fünf Jahre beispielsweise löse nicht weniger, sondern mehr Bürokratie aus, als standardmäßig eine Überprüfung erfolgen müsse. - Die SPD-Fraktion, die sich ebenfalls



Ref. I.2

Anlage 1 zu APr 13/795

Landtag Nordrhein-Westfalen

Klaus-Dieter Stallmann MdL

Vors. des Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform

Landtag NRW Klaus-Dieter Stallmann, MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn Oberregierungsrat
Wolfgang Fröhlecke
Landtagsverwaltung NRW
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 - 2723
Telefax (0211) 884 - 3386

e-mail klaus-dieter.stallmann@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro Lünen
Mauerstr. 95
44532 Lünen
Tel. 02306/1728/9
Fax: 02306/25005

Lünen, 24.01.2003

Ausschuss-Sitzung am 13.02.2003

Lieber Wolfgang,

hierdurch bitte ich Dich folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung o.g. Sitzung zu setzen:

Polizeiwache Neuss

5 Selbstmorde in 10 Jahren

WDR-Bericht vom Donnerstag, dem 23.01.2003, um 22.00 Uhr

angeblicher Selbstmord der Beamtin Nina Dreisbach

- Bericht des Innenministers -

Mit freundlichem Gruß

1. Fax an IM (K. Minick)
2. An alle Mitgl. des RIVV
+ Refer + Ref. I.2
3. Zur TO 13.02. (TOP 2)
4. Wv.

28.01.03

**Änderungsantrag
der Fraktion der FDP**

Abschnitt II

Abbau überzogener Standards und überflüssiger Regelungen

§ 4

Erfassen, Prüfen, Entscheiden, Mitwirkung Dritter

In Absatz 1 wird "31. Dezember 2004" ersetzt durch "30. April 2005".

§ 5

Zeitrahmen

In Nr. 1 wird "30. Juni 2002" ersetzt durch "31. Dezember 2003".

In Nr. 2 wird "31. März 2003" ersetzt durch "30. September 2004".

In Nr. 3 wird "31. Dezember 2003" ersetzt durch "31. März 2005".

Abschnitt III

Weitere Maßnahmen, globale Zielvorgaben

§ 6

Weitere Maßnahmen der Landesregierung

In Absatz 1 wird "30. Juni 2002" ersetzt durch "31. Dezember 2003".

§ 7

Weitere Maßnahmen für die Kommunale Selbstverwaltung

In Nr. 1 wird "31. Dezember 2001" ersetzt durch "30. September 2003".

In Nr. 2 wird "30. Juni 2002" ersetzt durch "31. März 2004".

In Nr. 3 wird "31. Dezember 2001" ersetzt durch "30. September 2003".